

## Offener Brief

# Demokratie braucht Versammlungsfreiheit

Lüneburg, Februar 2022

Liebe Oberbürgermeisterin, liebe Mitarbeiter\*innen und Entscheider\*innen der Hansestadt Lüneburg,

soziale Bewegungen, bestehend aus Nichtregierungsorganisationen, Initiativen, Verbänden, Vereinen usw., stellen eine wesentliche Institution der politischen Aushandlung und Willensbildung dar. Sie sind damit für eine demokratische Kontrolle der Regierenden durch die Zivilgesellschaft unerlässlich. In vielen politischen Fragen kamen entscheidende Anstöße für im Nachhinein im Gemeinsinn als notwendig oder richtig erachtete Veränderungen aus sozialen Bewegungen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Ausdrucks- und Einwirkungsmöglichkeiten selbstorganisierter Gruppen in der Stadtgesellschaft gestärkt und nicht behindert werden. Eine wichtige Ausdrucksform stellen in diesem Zusammenhang politische Versammlungen dar. Diese werden im Grundrecht auf Versammlungsfreiheit geschützt.

Auf lokaler Ebene ist es Aufgabe des Ordnungsamts Versammlungsfreiheit sicherzustellen, wozu der Schutz der Versammlungsteilnehmenden und anderer Personen und Objekte sowie die Beratung der anmeldenden Personen gehört.

In Lüneburg hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren jedoch gezeigt, dass sich das Ordnungsamt nicht selten blockierend gegenüber politischen Versammlungen verhält und in der Folge die Durchsetzung demokratischer Rechte oft auf dem Rechtsweg erstritten werden muss. Dabei ist es zudem als problematisch anzusehen, dass Entscheidungen gegen einen angemeldeten Versammlungsort oft erst wenige Tage vor dem Versammlungstermin kommuniziert werden und eventuell notwendige rechtliche Schritte zur Durchsetzung der Demonstrationsfreiheit im Eilverfahren durchgeführt werden müssen. Dadurch wird das Hinzuziehen anwaltlicher Unterstützung nahezu unumgänglich. Durch die kurze Zeitspanne ist der Gang in höhere Instanzen, also auch bis vor die höchsten deutschen Gerichte, in der Regel nicht möglich.

Die vielen positiven Entscheidungen der Gerichte für die Versammlungsanmeldenden zeigt, dass das Ordnungsamt oft zu repressiv entscheidet, sodass deren Entscheidungen von den Gerichten revidiert werden. Es muss dabei konstatiert werden, dass ein Gang vor Gericht eine Option ist, die vielen Gruppen nicht offen steht. Sei es wegen mangelnder Erfahrung im Umgang mit den politischen Institutionen, sei es, weil kein Anwalt erreichbar ist, der unterstützen kann oder sei es, weil die teils immensen Kosten juristischer Prozesse gescheut werden. Dabei ist hervorzuheben, dass Personen

mit geringem Einkommen zwar Prozesskostenhilfe beantragen können, deren Bewilligung jedoch von einer positiven Gerichtsentscheidung abhängig ist. Viele soziale Gruppen werden durch solches institutionelles Vorgehen also von vornherein in der Beteiligung an politischen Prozessen behindert.

Hinzu kommt, dass durch Verzögerungen von Seiten der Versammlungsbehörde die Mobilisierungsmöglichkeiten zu politischen Versammlungen eingeschränkt werden. Die Ankündigung und Bewerbung solcher ist effektiv erst dann richtig möglich, wenn ein genehmigter Versammlungsort vorliegt. Durch die oft verkürzten Mobilisierungsphasen können also vermutlich viele Personen nicht mehr erreicht werden, die andernfalls an den Versammlungen teilgenommen hätten.

Folgende Gruppen und Veranstaltungen waren in den letzten Monaten von solchen Entscheidungen des Ordnungsamtes betroffen:

1. **Unfug-Aktionstag am 30.05.2020.** Durch eine Klage konnten rechtswidrige Auflagen (Demonstrationsmittelbeschränkung, Werbeverbot, Pflicht zur Personalienerfassung der Teilnehmenden) gegen die Versammlung zurückgewiesen werden. [[Landeszeitung](#)] [[Unfug](#)]
2. **Demonstration von Black Lives Matter am 25.07.2020.** Die geplante Demonstration durch die Innenstadt wurde mit Verweis auf die dortigen Einkaufspassant\*innen untersagt. Auch die Uhrzeit sollte verändert werden, was nur mit einem Eilantrag vor dem Verwaltungsgericht verhindert werden konnte. [[Blog von Cécile Lecomte](#)]
3. **Demonstration von Fridays for Future am 25.09.2020.** Es gab Verzögerungen von Seiten des Ordnungsamtes, die auch die Route über den Sande zunächst verhindern wollte. [[Landeszeitung](#)]
4. **Demonstration gegen die A39 und für die Mobilitätswende am 12.12.2020.** Es musste vor dem Verwaltungsgericht erklagt werden, dass die Demonstration auf der Ostumgehung durchgeführt werden kann. [[Landeszeitung](#)]
5. **Feministische Demonstration am 07.02.2021.** Es musste vor Gericht erstritten werden, dass in der Innenstadt demonstriert werden darf. [[Blog von Cécile Lecomte](#)]
6. **Sammelstart des Klimaentscheids am 24.04.2021.** Die Unterschriftensammlung sollte mit einem Stand am Sande beginnen. Erst einen Tag vorher wurde mitgeteilt, dass der Stand trotz eines Hygienekonzepts nicht aufgebaut werden darf. Ein anderer Stand war am entsprechenden Tag vor Ort möglich, obwohl dieser erst später angemeldet worden ist. [[Klimaentscheid Lüneburg](#)]

7. **Demonstration des Bündnisses „Recht auf Stadt“ am 22.05.2021.** Es musste vor dem Verwaltungsgericht erklagt werden, dass die Route durch die Innenstadt (inklusive Bäckerstraße) führen durfte. [[Landeszeitung](#)] [[Landeszeitung](#)] [[Uelzener Presse](#)] [[Unfug](#)] [[LG heute](#)]
8. **Demonstrationen gegen die A39 und für die Mobilitätswende am 06.06.2021 und 10.10.2021.** Eine Demonstration auf der bereits umgewidmeten A39 wurde untersagt. Diese Entscheidung wurde trotz Teils viele Wochen vor dem Demonstrationstermin erfolgten Anmeldung erst wenige Tage vor dem Demonstrationstermin in einem „Kooperationsgespräch“ mitgeteilt. Eine Klage war daher jeweils nur im Eilverfahren und damit ohne weitergehende Akteneinsicht und ohne die Möglichkeit, vor die höchsten deutschen Gerichte vor Versammlungsbeginn zu ziehen, möglich. [[Landeszeitung](#)] [[Landeszeitung](#)] [[Landeszeitung](#)]
9. **Klimacamp auf dem Marienplatz von Juli bis Oktober 2021.** Es musste vor dem Verwaltungsgericht erklagt werden, dass die vieltägige Versammlung wie geplant auf diesem zentralen Ort direkt beim Rathaus durchgeführt werden konnte. Es kam zu Verzögerungen durch die Versammlungsbehörde. [[Landeszeitung](#)]
10. **Straßenfest von einem Bündnis aus Radentscheid, Klimaentscheid, Klimakollektiv, BI Grüngürtel West, Unser Wasser und AG Mobilität am 04.09.2021.** Die Stadt verbietet eine Versammlung als Straßenfest in der Waagestraße aufgrund von dadurch versperrten Rettungswegen. Die Sperrung eben dieser Straße für die Soldatenvereidigung auf dem Marktplatz wurde offensichtlich nicht beanstandet. [[Lüneburg heute](#)]
11. **Gegenprotest zu „Querdenken“ am 20.12.2021.** Obwohl von den „Spaziergänger\*innen“ der Gruppierung „Freie Niedersachsen“ keine Versammlungsanmeldung bei der Stadt Lüneburg erfolgte, wurde der angemeldete Gegenprotest auf einen Teil des Marktplatzes beschränkt. Die unangemeldete Versammlung wurde polizeilich durchgesetzt – eine Maskenpflicht zunächst jedoch nicht. [[Blog von Cécile Lecomte](#)]

Wie bereits beschrieben braucht eine lebendige Demokratie versammlungsfreundliche Verhältnisse. Diese herzustellen, wäre daher im Sinne einer demokratischen Stadtverwaltung. Darüber hinaus ist festzustellen, dass eine Versammlungsbehörde auch ganz anders agieren und soziale Bewegungen durch Beratungsangebote und online einsehbare Informationen zur Anmeldung und Durchführung von politischen Versammlungen unterstützen könnte. Daher rufen folgende Gruppen dazu auf, die Ablehnungs- und Verzögerungspraxis des Ordnungsamts einzustellen und Versammlungen und zivilgesellschaftliches Engagement wirklich zu unterstützen:

## **Unterzeichnende Gruppen:**

Fridays for Future Lüneburg

Junges Afrokollektiv

KlimaKollektiv Lüneburg

Robin Wood Hamburg – Lüneburg

Unfug

Leuphana African Students Organisation

Extinction Rebellion Lüneburg

AStA Universität Lüneburg

Klimaentscheid Lüneburg

Klimacamp Lüneburg

Fossil Free Lüneburg

Parents for Future Lüneburg

Unser Wasser

Stadtjugendring Lüneburg e.V.

Sozialistische Jugend – Die Falken / OV-Lüneburg

Radentscheid Lüneburg

Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

Seebrücke Lüneburg

DGB Jugend Lüneburg

